

Pressemitteilung



Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Pressestelle
Frankfurter Allee 35/37, 10247 Berlin
Telefon: (030) 90298 - 2843
E-Mail: presse@ba-fk.berlin.de



Nr. /2018
Berlin, 20. November 2018

Ergebnisse

einer Umfrage des BERLINER ARBEITSKREISES GEGEN ZWANGSVERHEIRATUNG zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin 2017

Der Berliner Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung hat unter Federführung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg und unterstützt durch die Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung im Sommer 2018 eine auf das Jahr 2017 bezogene Umfrage zum Ausmaß von Zwangsverheiratungen in Berlin durchgeführt. Ziel der Umfrage war primär, Hinweise zum Ausmaß dieser Form von Gewalt und ggf. zu neuen Entwicklungen im Kontext dieses Phänomens seit der letzten, sich auf das Jahr 2013 beziehenden Erhebung zu erhalten¹. Die Umfrage erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, quantitativ repräsentative Ergebnisse zu liefern. So waren z.B. aufgrund einer relativ einfachen und anonymisierten Form der Erhebung Mehrfachzahlungen nicht auszuschließen.

Setzt man die Ergebnisse der Umfrage ins Verhältnis zur Berliner Bevölkerung mit Migrationshintergrund, so wird deutlich, dass Zwangsverheiratung kein „typisches“ Merkmal dieser Gruppe ist und dass vorschnelle und unreflektierte Zuschreibungen jeglicher Grundlage entbehren. Dennoch macht die Umfrage deutlich, dass diese spezifische und in keiner Weise zu rechtfertigende Form der Gewalt auch in Berlin in einem signifikanten Ausmaß gegeben ist und dass demzufolge nach wie vor politischer Handlungsbedarf zur Verbesserung der Prävention und Intervention erforderlich ist. Während es für Frauen und Mädchen ein relativ gut ausgebautes Beratungs- und Unterstützungssystem gibt, existieren bislang noch keine spezifischen, auf die Thematik ausgerichtete Beratungs- und Kriseneinrichtungen für von Zwangsverheiratung betroffene Jungen und junge Männer. Ebenso bedarf es spezifischer Angebote für LSBTI.

Kurzfassung der Befragungsergebnisse

Insgesamt wurden 1164 Einrichtungen aus dem Antigewaltbereich sowie Jugendämter, die Polizei, Migrations- und Frauenprojekte, die Frauen- und Gleichstellungs- sowie Integrationsbeauftragten sowie sämtliche Schulen und Flüchtlingsunterkünfte befragt. 420 Einrichtungen haben den Erhebungsbogen beantwortet.

¹ vgl. hierzu https://www.big-berlin.info/sites/default/files/medien/350_big-ak_zwangsverheiratung_2018.pdf, S. 7f

Demnach sind in 2017 insgesamt 570 Fälle von (versuchter oder erfolgter) Zwangsverheiratung bekannt geworden. Dies sind zwar 19 % mehr als bei der letzten Befragung 2013 (460 Fälle), allerdings lag auch die Zahl der befragten Einrichtungen 2017 um 40 % höher.

Mit 93 % waren größtenteils Mädchen und Frauen betroffen. 7 % der Betroffenen waren männlich. Bei knapp der Hälfte der Jungen und jungen Männer sowie bei vier Frauen war den Beratungseinrichtung deren Homosexualität bekannt.

Die meisten Betroffenen waren zwischen 16 und 21 Jahren alt. Bei den männlichen Betroffenen war die Gruppe der 16-17-Jährigen mit 42 % am stärksten vertreten. Während 27 % der betroffenen Frauen älter als 26 Jahre waren, sind es bei den gleichaltrigen Männern 13 %. Jünger als 16 Jahre waren 12 % der weiblichen sowie 3% der männlichen Betroffenen.

In 482 Fällen wurden Angaben zur Staatsangehörigkeit gemacht: 25 % der Betroffenen besaßen die deutsche Staatsangehörigkeit. In 444 Fällen lagen Hinweise zum Migrationshintergrund vor. Ca. 48 % der Betroffenen hatten arabische, 20 % hatten türkische Wurzeln. 15% stammten aus Ländern des Balkans (Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens sowie Bulgarien und Rumänien), 6 % aus kurdischen Gebieten. 83 % der Betroffenen hatten einen muslimischen Hintergrund, weitere Betroffene waren christlichen, jüdischen oder yezidischen Glaubens.

In mehr als der Hälfte (283 Fällen von 504 Rückläufen) der bekannt gewordenen Fälle war die Zwangsverheiratung noch nicht erfolgt, sondern die Betroffenen berichteten von konkreten Planungen bzw. befürchteten, zwangsverheiratet zu werden. Der Arbeitskreis gegen Zwangsverheiratung wertet dies als positives Anzeichen dafür, dass sich immer mehr Betroffene ihrer Rechte bewusst sind und Unterstützung suchen. Auch ist das Wissen und die Sensibilität für die Thematik Zwangsverheiratung in den verschiedenen Einrichtungen gewachsen, wodurch eine frühzeitigere Intervention möglich wird. Allerdings wurden auch 221 Fälle von vollzogenen Zwangsverheiratungen konstatiert, die mit 87 % überwiegend außerhalb Deutschlands stattfanden. In 71 Fällen berichteten die Beratungseinrichtungen von einer Verschleppung ins Ausland.

Kontakt

Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin
Petra Koch-Knöbel
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte

T. (030) 90298 - 4111

Email: petra.koch-knoebel@ba-fk.berlin.de